

## PRESSEMITTEILUNG

**Ansprechpartner für diese Mitteilung:**

**Joël Girard**  
Kreisgeschäftsführer

Haagener Straße 14  
79539 Lörrach  
Tel: (07621) 16 52 68  
Fax: (07621) 16 05 202  
kv@gruene-loerrach.de

Lörrach, 05.06.2013

**Kreisgrüne blicken selbstbewusst auf den Bundestagswahlkampf  
Auf der Mitgliederversammlung mit dem Landesvorsitzenden Chris Kühn wurde lebhaft diskutiert/ Delegiertenwahl und Verabschiedung einer Resolution waren weitere Programmpunkte**

Auf der gestrigen Mitgliederversammlung informierten der Landesvorsitzende Chris Kühn und die Bundestagskandidatin Ina Rosenthal über den Stand der Wahlkampfplanung in Land und Kreis. Gemeinsam mit den Mitgliedern wurden einzelne Punkte wie die grüne Steuerpolitik auch intern lebhaft diskutiert. Dabei wurde rasch klar: Die Grünen müssen sich mit ihrem Konzept nicht verstecken, schließlich haben mehrere Faktenchecks renommierter Medien ergeben, dass 90 Prozent der Einkommenszahler real entlastet würden. Auch zur geplanten Vermögensabgabe machte der Landesvorsitzende Chris Kühn deutlich: „ Wir sind die einzige Partei, die den Weg zu einem soliden Staatshaushalt zeigt und zugleich ein Programm zum Schuldenabbau aufgelegt hat.“ Hierin erkannte die Lörracher Bundestagskandidatin Ina Rosenthal einen klaren Unterscheid zur schwarz-gelben Regierungskoalition in Berlin: „Wir grüne gehen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen offen an und übernehmen auch politische Verantwortung, während CDU und FDP keine seriösen Konzepte zum Abbau des anwachsenden Schuldenbergs vorweisen können.“

Im Anschluss an die Diskussion wurden zudem die Delegierten für den Landesausschuss in Singen gewählt, bei dem unter anderem die Qualität der U3 Betreuung und ein Leitantrag zur Familienpolitik zur Abstimmung stehen. Der Kreisverband nominierte hierfür mit jeweils großem Rückhalt Ina Rosenthal und Malte Geretzky.

Abschließend wurde auf Antrag von Kreisrat Dietmar Ferger eine Resolution zur Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main verabschiedet, bei der Polizisten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger viele Stunden eingekesselt, mit Tränengas besprüht, mit Schlagstöcken geschlagen, getreten, gezerrt – um sie anschließend erkennungsdienstlich zu behandeln und wie Verbrecher aus Frankfurt auszuweisen. Die Mitgliederversammlung war sich einig: „ Wir dürfen in solchen Punkten nicht nur in die Türkei schauen, sondern müssen auch bei uns dafür sorgen, dass Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eingehalten werden“.

**Bankverbindung:**

Bank: Volksbank Stuttgart, Kontonummer: 363 263 004, Bankleitzahl: 600 90 100 [www.gruene-loerrach.de](http://www.gruene-loerrach.de)

***Resolution des GRÜNEN Kreisverbands Lörrach zum Umgang mit der Blockupy Bewegung in Frankfurt am Main am Samstag, 1.6.2013***

Am Samstag wurde in Frankfurt eine angemeldete und gut organisierte Demonstration von der Polizei unter fadenscheinigen Vorwänden gestoppt, unzählige unbescholtene Bürgerinnen und Bürger wurden viele Stunden eingekesselt, mit Tränengas besprüht, mit Schlagstöcken geschlagen, getreten, gezerrt – um anschließend erkennungsdienstlich behandelt und wie Verbrecher aus Frankfurt ausgewiesen und somit ihrem Grundrecht, sich als freie Bürger frei bewegen zu dürfen, beraubt zu werden.

Wenn die Polizei eine „Vermummung“ mit Sonnenbrillen und Regenschirmen und eine „Bewaffnung“ mit Getränkeflaschen und Styroporschildern zum Anlass nimmt, sich in voller Kampfmontur (Helm, Kampfstiefel, Schild, Schlagstock, Arm- und Beinschienen, die als Waffen eingestuftes Quarzsandhandschuhe ...) auf Menschen in Freizeitkleidung zu stürzen, stellt sich die Frage, wer für diese Übergriffe verantwortlich ist. Während die Polizei die Vermummung als Anlass zum Angriff nahm, waren die Polizisten als Personen unkenntlich, bei den meisten fehlten sogar die eigentlich vorgeschriebenen Einsatznummern, die eine spätere Identifizierung ermöglichen soll.

Während Bundeskanzlerin Merkel den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan auffordert, in Istanbul auf die Proteste der Bürgerinnen und Bürger zu hören und die Menschenrechte zu achten, lässt ihr Parteifreund Volker Bouffier und sein Hardcore-Handlanger Boris Rhein auf unbescholtene Bürgerinnen und Bürger einknuppeln – eine Politik, die scheinheiliger nicht sein kann.

Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland an einer angemeldeten Demonstration teilnehmen, dürfen nicht Gefahr laufen, durch die Polizei körperlich und evtl. sogar lebenslänglich geschädigt zu werden – Polizeieinsätze müssen immer den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bewahren. Auch die Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht in die Situation gebracht werden, in Einsätzen fern vom Heimatort Befehle befolgen zu müssen die ihrer Aufgabe als „Staatsbürger in Uniform“ und Schutzmacht der Bürgerinnen und Bürger diametral entgegengesetzt sind.

Die GRÜNEN im Kreis Lörrach fordern, nicht nur die Verantwortlichen für diesen undemokratischen Umgang mit den Grundrechten der Meinungsfreiheit zur Rechenschaft zu ziehen, sondern auch eine grundsätzliche Änderung der Polizeiordnung, die ein solches Vorgehen unmöglich macht.

Anscheinend sehen die für die Polizei- und Sicherheitspolitik zuständigen Politiker, zu denen auch der Lörracher Bundestagsabgeordnete Armin Schuster gehört, Bürgerinnen und Bürger, die von ihrem demokratischen Grundrecht auf Meinungsäußerung in den vom Grundgesetz dafür vorgesehenen Rahmen Gebrauch machen, eher als lästige Störenfriede denn als wertvolle Impulsgeber für eine bürgerfreundliche Politik des Miteinander, sodass jede noch so kleine „Übertretung“ dieses gesetzlich gesteckten Rahmens als Vorwand genommen wird, absolut unverhältnismäßig die „Staatsmacht“ spielen zu lassen und den Menschen eine „Lektion zu erteilen“.